

Sehr geehrte Damen und Herren,

Europa ist im **Fußballfieber**. Zwischenzeitlich stehen die Viertelfinalpaarungen fest. Deutschland wird auf Griechenland treffen. Die Partie verspricht, spannend zu werden. Auch Spanien als Titelverteidiger ist eine Runde weiter.

Nicht nur im Fußball, sondern auch in der Politik schauen wir in diesen Tagen auf **Griechenland** und Spanien. Europa hat die Finanz- und Staatsschuldenkrise noch nicht hinter sich. Vor der Sommerpause stehen im Bundestag noch wichtige Entscheidungen über den **Europäischen Stabilitätsmechanismus** und den **Fiskalpakt** an. Über alle Themen rund um den Euro: **ESM**, **Fiskalpakt** und **Finanzmarktbesteuerung**, werden wir Sie zeitnah nach dem Europäischen Gipfel Ende Juni und den Entscheidungen im Deutschen Bundestag informieren.

Nicht mehr vor der Sommerpause verabschiedet werden wird das Gesetz über die Einführung des **Betreuungsgeldes**. Wir haben als FDP stets deutlich gemacht, dass wir uns nicht für das Betreuungsgeld stark machen, uns aber an getroffene Vereinbarungen halten. Die Opposition hat in der letzten Woche die parlamentarischen Spielregeln aufgekündigt und die Beratung im Parlament verweigert. Mehr über diesen Vorgang erfahren Sie aus der Presseerklärung der Nürtinger Abgeordneten **Judith Skudelny** in



diesem Newsletter. Das Thema **Vorratsdatenspeicherung** beschäftigt uns auch weiterhin, zwischenzeitlich hat die EU-Kommission Deutschland wegen Nichtumsetzung der entsprechenden Richtlinie verklagt. Lesen Sie u.a. Ausführungen dazu in dem Beitrag des stellvertretenden Landesvorsitzenden und innenpolitischen Sprechers der FDP-Bundestagsfraktion, **Hartfrid Wolff**.

Auf Landesebene sorgt die beabsichtigte **Polizeireform** des Innenministers weiter für viel Verdross. Dazu finden Sie einen Beitrag des innen- und rechtspolitischen Sprechers unserer Landtagsfraktion, **Prof. Dr. Ulrich Goll**. Er erläutert, warum die Reform so, wie sie angedacht ist, nicht akzeptabel ist.

Die sog. **E-Bilanz** hat in den letzten Monaten massive Kritik im Mittelstand erfahren. **Ernst Burgbacher** ist es in seiner Funktion als Mittelstandsbeauftragter der Bundesregierung gelungen, die E-Bilanz so zu verändern, dass für kleinere und mittlere Unternehmen keine neuen Belastungen entstehen. Die Einzelheiten hat er für Sie in diesem Newsletter zusammengestellt.



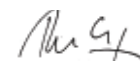
Auf europäischer Ebene ist in den letzten Wochen heftig über das Thema Wiedereinführung von **Grenzkontrollen** diskutiert worden. **Michael Theurer** positioniert sich dazu in seinem Beitrag.

Seit Montag dieser Woche ist **Jörg Fleischer** für die **Pressearbeit** des Landesverbandes zuständig. Er hat die Nachfolge von **Jan Havlik** angetreten. Herr Fleischer stellt sich Ihnen in diesem Newsletter kurz vor. Wir freuen uns, dass er das Team der Landesgeschäftsstelle verstärkt und heißen ihn herzlich Willkommen.

Wir wünschen Ihnen noch ein paar schöne, sonnige und vor allen Dingen spannende Fußballtage.

Mit herzlichen Grüßen

Ihre



Birgit Homburger

und Ihre



Gabriele Heise

Aus dem Bundestag

INNEN- UND RECHTSPOLITIK: KOALITION STEMMT GRUNDLEGENDE REFORMEN

von Hartfrid Wolff MdB



Die Koalition aus Union und FDP hat entgegen dem öffentlichen Eindruck in den vergangenen zweieinhalb Jahren bedeutende Gesetzgebungsvorhaben und wichtige Reformen im Bereich der Innen- und Rechtspolitik durchgeführt. Daß die öffentliche Wahrnehmung Quantität wie Qualität der geleisteten Arbeit noch etwas unterschätzt, liegt vielleicht auch daran, daß die Entscheidungen nicht allein durch die medial herausgehobenen Akteure im Ministerrang erfolgte, sondern vielen Projekten erst durch Verhandlungen der zuständigen Parlamentarier die Bahn geebnet wurde. Ich freue mich sehr, daß ich als Vorsitzender des Arbeitskreises IV und zuständig für die Innen- und Rechtspolitik im Vorstand der FDP-Bundestagsfraktion dabei eine hilfreiche und konstruktive Rolle spielen konnte.

Die neue Zuwanderungs- und Integrationspolitik ist ein besonderer Erfolg der FDP. Der ideologische Ballast

Links-Rot-Grüner Utopien ist deutlich reduziert. Wir verbinden wirksame Integration mit der aktiven Steuerung von Zuwanderung, ökonomische Vernunft und Fairneß, Offenheit und Klarheit, Fördern und Fordern.

Die Einstellung von ausländischen Hochqualifizierten und Fachkräften sorgt für weitere Investitionen in Arbeitsplätze und ist für die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen wichtig. Deutschland braucht qualifizierte Fachkräfte, Forscher und Entwickler und auch Unternehmer aus dem Ausland. Und diese brauchen klare, transparente und einfache Regelungen – diese haben wir mit unserer Gesetzgebung geschaffen. Darüber hinaus haben wir

- die Visawarndatei eingeführt. Wir erleichtern so den für ein weltoffenes Industrieland wie Deutschland den unverzichtbaren internationalen Reiseverkehr und stärken zugleich die Sicherheit unseres Landes – ohne ausufernde Datenerfassung und unter Wahrung der Bürgerrechte.

- Wir haben den Einstieg in eine dauerhafte, bundesgesetzliche Bleiberechtsregelung geschaffen. Erstmals wurde für minderjährige und heranwachsende geduldete Ausländer ein vom Aufenthaltsrecht der Eltern unabhängiges Bleiberecht in einem Bundesgesetz geschaffen. Das ist

humanitäre Rechtssicherheit.

- Wir haben die aufenthaltsrechtlichen Übermittlungspflichten öffentlicher Stellen geändert, um den Schul- und Kindergartenbesuch von Kindern zu gewährleisten und die Residenzpflicht für Geduldete und Asylbewerber gelockert, um ihnen die Aufnahme einer Beschäftigung oder Ausbildung zu erleichtern.

- Wir haben die Stabilisierungszeit für Menschenhandelsopfer auf drei Monate ausgedehnt und sind damit einem dringenden Petition von Opferverbänden, aber auch der Polizei gefolgt.

- Wir haben es ermöglicht, daß Abschiebehäftlinge auf ihren Wunsch hin von Nichtregierungsorganisationen besucht werden dürfen und die Bedingungen für die Abschiebehaft signifikant verbessert.

- Wir haben erstmals ein eigenständiges Wiederkehr- bzw. Rückkehrrecht für ausländische Opfer von Zwangsverheiratungen geschaffen und den eigenständigen Straftatbestand der Zwangsheirat eingeführt. Das ist aktiver Opferschutz und ein klarer Appell, unsere freiheitliche Werteordnung zu achten.

Auch die Einigung bei den Antiterrorgesetzen ist ein Erfolg für die Liberalen! Wir haben auch auf parlamentari-

scher Ebene hartnäckig, ausdauernd und sachorientiert verhandelt.

Bei den Anti-Terror-Gesetzen wird es weder, wie ursprünglich von der Union, aber auch der SPD verlangt, zu einer pauschalen Entfristung, noch zu weitreichenden Verschärfungen kommen. Alle Regelungen werden auf vier Jahre befristet. Bestimmte Maßnahmen, insbesondere Eingriffe in das Post- und Fernmeldegeheimnis, werden ersatzlos gestrichen. Die Eingriffshürden wurden höhergelegt, die Grundrechte besser geschützt. Insgesamt bedeutet der Kompromiß eine erhebliche Stärkung des Grundrechtsschutzes der von den Maßnahmen Betroffenen und eine Stärkung der exekutiven und parlamentarischen Kontrolle – besonders im Vergleich mit dem von Rot-grün durchgesetzten Schily-Paket. Die FDP hat Muskeln gezeigt, wo die Grünen nur geredet, aber nichts erreicht haben!

Die Sicherheitsarchitektur zu verbessern, ist eine Daueraufgabe. Dazu gehört auch die Prüfung, wo Doppelstrukturen bei Sicherheitsbehörden abgebaut werden können. Dabei wird vor allem der Militärische Abschirmdienst in Blick genommen, dessen Aufgaben auch von BND und Verfassungsschutz wahrgenommen werden könnten. Die FDP will einen nachhaltigen Abbau von Reibungsverlusten, die durch konkurrierende Zuständigkeiten entstehen. Wir brauchen effiziente Strukturen im Bereich der Sicherheit. Das macht auch der Untersuchungsausschuß Rechtsextremismus mit jeder neuen Zeugenvernehmung mehr und mehr deutlich. Im Laufe der Jahre hat sich im Nebeneinander der Behörden von Bund und Ländern institutioneller Eigensinn und Kommunikationsträgheit

ausgebreitet, dem nun entschlossen entgegengesteuert werden muß. Wir haben mit dem Konzept des „Inspektors für den Bevölkerungsschutz“ einen Vorschlag vorgelegt, mit dem der Zivil- und Katastrophenschutz besser strukturiert werden kann. Das Ehrenamt wurde durch die Koalition zudem deutlich gestärkt.

Mit der Einreichung der Klage der EU-Kommission gegen Deutschland zur Umsetzung der EU-Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung ohne daß bereits vor dem Urteil Strafzahlungen drohen, besteht jetzt die Möglichkeit, auf europäischer Ebene für eine rechtsstaatliche Lösung Druck zu machen. Denn die EU-Kommission hat zudem angekündigt, die Richtlinie selbst zu überarbeiten, und einen neuen Vorschlag vorzulegen. Damit besteht nun die Zeit für eine hoffentlich liberale Lösung.

Nachdem die Justizministerin einen Vorschlag vorgelegt hatte, gibt es in der Koalition schon lange Gespräche zum Thema. Für die FDP-Fraktion ist besonders wichtig, daß ohne Anlaß eine generelle Speicherung aller Verbindungsdaten von Mobiltelefonen, eMails oder Internetadressen eines jeden Bürgers nicht erfolgt.

Mit der Abschaffung von Internetsperren und der Durchsetzung des Grundsatzes „Löschen statt Sperren“ im Internet hat die FDP-Bundestagsfraktion verhindert, dass ein leicht zu umgehendes, damit ineffektives Instrument abgeschafft, eine bessere Kriminalitätsbekämpfung im Internet Platz greifen kann und weitere Gedanken zur unnötigen Einschränkung der Informationsfreiheit der Vergangenheit angehören. Wir haben uns das bislang bestehende Sorgerechtsregelung für unverheiratete Väter vorgenommen. Bisher erhielten

Männer in nichtehelichen Beziehungen erst dann das Sorgerecht, wenn die Mutter dem ausdrücklich zustimmte. Ich meine: Die Frage des Sorgerechts muß sich immer am Wohl des Kindes orientieren. Wir Liberalen wollen künftig ledigen Vätern selbst dann die Möglichkeit einräumen, das gemeinsame Sorgerecht für ihre Kinder zu erhalten, wenn die Mutter dem nicht zustimmt. Der Gesetzentwurf, der die Rechte der Väter stärkt, ohne die Rechte der Mütter unzumutbar zu beschneiden, ist in der Koalition beschlossen und parlamentarisch auf den Weg gebracht.

Im Wirtschaftsrecht wurde u.a. die Insolvenzordnung handhabbarer gestaltet, unnötige Bürokratien wie bei der eBilanz abgebaut; Verbraucherrechte sollen gestärkt werden.

Abschließend – aus vielen anderen sonst noch erwähnenswerten Themen – noch ein auch in Baden-Württemberg viel diskutierte Problem: ihm Mietrecht haben wir in der Koalition eine positive Weiterentwicklung geschafft. Einerseits werden jetzt ökologische Sanierungen rechtlich vereinfacht und andererseits kann das Mietnomadentum nach den vorgesehenen Regelungen besser bekämpft werden. Das heißt, daß Vermieter gegenüber Personen, die in ihre Wohnung einziehen, ohne bezahlen zu wollen, jetzt in einem einfacheren Verfahren wieder mehr Rechte erhalten.

Viele Fehlentwicklungen aus den letzten Legislaturperioden in der Innen- & Rechtspolitik konnten mit sachgerechten und liberalen Änderungen wieder auf ein vernünftiges Maß gebracht werden: **mehr Bürgerrechte, bessere Sicherheit und vernünftige Lösungen.**

Aus dem Bundestag

KEINE NEUEN BELASTUNGEN DURCH E-BILANZ

Von Ernst Burgbacher, Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie



Liebe Leserinnen und Leser,

in diesem Beitrag melde ich mich mit einer positiven Nachricht aus der Bundespolitik: Es ist gelungen, die E-Bilanz so zu verändern, dass für kleinere und mittlere Unternehmen keine neuen Belastungen entstehen.

Bei der letzten Sitzung des Mittelstandsbeirates des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie am 10. November 2011 haben die Mitglieder zu Recht massive Kritik an der geplanten E-Bilanz geäußert. Als Mittelstandsbeauftragter der Bundesregierung habe ich diese Kritik sofort aufgenommen und in Hartmut Koschyk, parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesfinanzminister, einen aufgeschlossenen Gesprächs- und Verhandlungspartner gefunden. Klar war und ist für mich immer, dass es nur eine Umsetzung der E-Bilanz

1:1 gegenüber der bisherigen Bilanz geben darf. Das ist nun, nach vielen Gesprächen mit Verbänden und Unternehmern, gelungen.

Mit der Einführung der E-Bilanz wird die Kommunikation zwischen Finanzverwaltung und Unternehmen den Entwicklungen der letzten Jahrzehnte folgen. Spätestens bis 2012 soll sie komplett elektronisch erfolgen. Papierbasierte Verfahrensabläufe gehören dann endgültig der Vergangenheit an. Die E-Bilanz wird wie geplant kommen und die Wirtschaftsteilnehmer können auf bereits getätigte Investitionen vertrauen.

Die E-Bilanz wird mittelstandsfreundlich umgesetzt, für mich als Mittelstandsbeauftragter der Bundesregierung war dies immer eine absolute Bedingung. Diese mittelstandsfreundliche Umsetzung leis-

tet einen wesentlichen Beitrag zur Entbürokratisierung. Auch auf kleine und mittlere Unternehmen wird Rücksicht genommen. Sie müssen nur die im Hauptbuch enthaltenen Bilanzposten elektronisch übermitteln. Die elektronische Übermittlung von E-Bilanzen wird in den allermeisten Fällen erst für Wirtschaftsjahre ab 2013 verpflichtend, also – zusammen mit den elektronischen Steuererklärungen frühestens im Jahr 2014. Für das Wirtschaftsjahr 2012 oder 2012/2013 steht es den Unternehmen frei, die Bilanz noch auf Papier abzugeben oder bereits elektronisch. Der Vorteil dieser Regelung ist, dass getestet werden kann, ob alles funktioniert. Viele Unternehmen, steuerberatende Berufe und Softwarehäuser arbeiten bereits mit Hochdruck an der Einführung der E-Bilanz.

Für alle gilt: Sie können es schaffen, denn noch ist Zeit und die versprochenen Erleichterungen bleiben auf Dauer erhalten. Die gefundene Regelung ist Ergebnis eines zusammen mit den Kammern, Verbänden und Unternehmen nach einer Pilotphase erarbeiteten Kompromisses, der den Belangen aller Beteiligten angemessenen Rechnung trägt. Im Lauf der Zeit wird die Umstellung Vereinfachungen und Effizienzgewinne bringen. Unzweifelhaft ist auch, dass eine differenzierte Datenübermittlung dazu beiträgt, dass Rückfragen durch die Finanzämter bei den Unternehmen abnehmen werden und eine endgülti-

ge Steuerfestsetzung schneller möglich wird. Der amtliche Datensatz der E-Bilanz wird kontinuierlich evaluiert. Ziel ist, die E-Bilanz den praktischen Anforderungen kontinuierlich anzupassen. In diesen Prozess werden – wie bisher auch – interessierte Vertreter der Kammern, Verbände und Unternehmen eingebunden. Jeder muss nur das ausfüllen, was ihn tatsächlich betrifft („Mussfelder“).

Es sind zudem Möglichkeiten geschaffen worden, damit das Buchführungswesen der Unternehmen bleiben kann, wie es ist und auch eine dynamische Anpassung bei zukünftigen Rechtsänderungen möglich ist („Auffangpositionen“). Und: insbesondere kleine und mittlere Unternehmen können Unterstützung zum Einstieg erhalten („Mittelständische Unternehmen“).

Die E-Bilanz im Einzelnen

Mussfelder:

Sofern sich ein Mussfeld nicht mit Werten füllen lässt, z. B. weil aufgrund der Rechtsform des Unternehmens kein dem Mussfeld entsprechendes Buchungskonto geführt wird oder weil sich die benötigte Information aus der ordnungsmäßigen individuellen Buchführung nicht ableiten lässt, ist zur erfolgreichen Übermittlung des Datensatzes die entsprechende Position „leer“ (technisch mit NIL für „Not in List“) zu übermitteln. Auch hierdurch wird es vor allem kleineren und mittleren bilanzierenden Unternehmen möglich sein, ohne erhöhten Anpassungsaufwand die E-Bilanz zu übermitteln.

Auffangpositionen:

Von besonderer Bedeutung für die E-Bilanz sind die Auffangpositionen, die dann genutzt werden können, wenn für einen bestimmten Sachverhalt eine durch Mussfelder vorgegebene Differenzierung nicht aus der Buchführung abgeleitet werden kann. Sie sind Ergebnis des intensiven Abstimmungsprozesses mit den Kammern, Verbänden und Unternehmen. Sie erleichtern die elektronische Übermittlung und verhindern den Eingriff in das Buchführungswesen der Unternehmen. Es wird dauerhaft Auffangpositionen geben, denn sie werden benötigt, um der gegebenen Rechtssituation gerecht zu werden. Eine Streichung von diesen besonderen Positionen zu einem bestimmten Stichtag war und ist nicht beabsichtigt.

Mittelständische Unternehmen:

Insbesondere kleine und mittlere, bilanzierende Unternehmen erhalten von der Steuerverwaltung auch insofern eine Unterstützung, als für sie spezielle Informationen zur Verfügung gehalten werden, die ihnen den Einstieg in die E-Bilanz erleichtern sollen. Außerdem wird auf der Webseite von ELSTER: www.elster.de/elster_soft_nw.php eine kleine Datenbank mit am Markt verfügbare Steuersoftware mit ELSTER-Schnittstelle vorgehalten.

Schreiben Sie mir bitte! Ich freue mich über Anregungen: ernst.burgbacher@bundestag.de

Mit herzlichen Grüßen

Ihr Ernst Burgbacher

Neues aus der Landesgeschäftsstelle



Neuer Pressesprecher Jörg Fleischer

Jörg Fleischer ist der neue Pressesprecher des FDP-Landesverbandes Baden-Württemberg. Er kommt von der Hagener Westfalenpost, einem Titel der WAZ-Mediengruppe aus Essen, zu den baden-württembergischen Liberalen. Bei Dreikönigstreffen, Parteitagen und Wahlabenden hat der erfahrene Politikredakteur die FDP kennengelernt. Als politischer Reporter war er nicht nur in zahlreichen Bundes- und Landtagswahlkämpfen im ganzen Land unterwegs, sondern auch im Ausland, so etwa in Afghanistan und auf dem Balkan. Weiter berichtete er für seine Zeitung aus Berlin. Der 48-jährige Westfale, der bei den Westfälischen Nachrichten aus Münster volontierte und in Düsseldorf und Münster studierte, sagt: „Ich freue mich sehr darauf, nach vielen Jahren als Zeitungsmann nun auf die andere Seite des medialen Tisches zu wechseln und dort die Liberalen in Baden-Württemberg als Pressesprecher zu vertreten.“ Besonders angeht Jörg Fleischer, der mit seiner Frau in Schwäbisch Gmünd lebt, von den Menschen und ihrer freundlichen Lebensart im Südwesten. „Wir fühlen uns sehr wohl hier!“

Aus dem Landtag

EINE BITTERE ENTÄUSCHUNG

Prof. Dr. Ulrich Goll MdL, Justizminister a.D., Rechts- und innenpolitischer Sprecher der FDP/DVP-Landtagsfraktion



Diese Formulierung fasst die Polizeistrukturenreform (und weitere Initiativen der Landesregierung) aus meiner Sicht am besten zusammen. Den Grundgedanken, die Zahl der Direktionen etwas zu verringern und eine Hierarchieebene zu streichen und so die Verwaltung etwas zu verschlanken, habe ich zwar nie für falsch gehalten, doch was das Innenministerium aus dieser Grundidee gemacht hat, halte ich nicht nur für falsch, sondern für völlig sinnlos. Minister Gall plant zwölf Präsidien, die effektiv reine Mammutbehörden sein werden. Deren Verwaltung wird dadurch sicher nicht besser, da sie zu weit von den Menschen entfernt sein werden. Den Beamten wird so lediglich ihre Arbeit durch längere Einsatz- und Kommunikationswege erschwert und zugleich den Bürgern ihr Sicher-

heitsgefühl genommen. Und von einer Politik des Gehörtwerdens war bei der Arbeit des Innenministeriums auch nichts zu spüren, im Gegenteil: bei uns im Rems-Murr-Kreis wurden 11 000 Unterschriften gesammelt, um sich für den Waiblinger Standort einzusetzen. Die wurden beim Ministerium zunächst nicht einmal angenommen. Dennoch beteuerte Ministerpräsident Kretschmann, in vier Regionalkonferenzen seien die Bürger vorab informiert und eingebunden worden. Vier Regionalkonferenzen für die Einsatzgebiete von zuvor 37 Polizeidirektionen. Nach Politik des Gehörtwerdens und einer Intensivierung der Bürgerbeteiligung sieht das nicht gerade aus.

Bürgerbeteiligung ist auch ein gutes Stichwort für die jüngste Peinlichkeit,

die sich SPD und Grüne geleistet haben. Im Koalitionsvertrag wurde vollmundig versprochen, mehr Elemente direkter Demokratie auf kommunaler Ebene einzuführen. Auch das ist eine Grundidee, die wir von der FDP/DVP-Fraktion nicht ablehnen, im Gegenteil. Und so hat unsere Fraktion kürzlich einen Gesetzentwurf zur Direktwahl der Landräte vorgelegt. Gerade auf kommunaler und Kreisebene macht es Sinn, den Bürgern mehr Gestaltungsmöglichkeiten zu geben, um so die Politik greifbarer zu machen. Der Gesetzentwurf wurde im Landtag von Grünen und SPD nicht nur abgelehnt, sondern auch scharf kritisiert. Schon komisch, wie sich die Meinungen ändern können; hatte doch die SPD-Fraktion 1997 selbst einen Entwurf zur Direktwahl der Landräte vorgelegt. Aber wir hoffen, das Thema dennoch weiter vorantreiben zu können, zumal sich bereits einige Organisationen und Verbände bei uns gemeldet und ihre Unterstützung signalisiert haben.

Nach einem Jahr grün-roter Regierungszeit in Baden-Württemberg wird nun – nicht nur im rechtspolitischen Bereich – immer deutlicher, dass nichts besser, sondern vieles schlechter geworden ist. Die Fassade bröckelt. Deshalb werden wir von der Landtagsfraktion auch weiterhin unserem Grundsatz treu bleiben, dass es nicht auf die Fassade ankommt, sondern auf ein solides Mauerwerk darunter.

LANDESFACHAUSSCHUSS INNEN UND RECHT

Von Hartfrid Wolff MdB, Stellv. Landesvorsitzender der FDP/DVP Baden-Württemberg

Der Landesfachausschuss für Innen & Rechtspolitik ist das offene Beratungsgremium für die FDP Baden-Württemberg in diesem großen Themenfeld. Wir bereiten Anträge für Landesparteitage vor und beschäftigen uns in enger Abstimmung mit der FDP/DVP-Landtagsfraktion mit den wesentlichen Themenbereichen rund um die gesellschaftlichen Freiheitsthemen: eine gute Balance zwischen Freiheit und Sicherheit, Übernahme von Verantwortung und der Stärkung der Bürgerbeteiligung.

Im Landesfachausschuss Innen & Recht finden sich regelmäßig interessierte Parteifreundinnen und Parteifreunde zusammen, die wesentliche gesellschaftliche Entwicklungen begleiten und Initiativen vorbereiten.

Jedes Mitglied, das Interesse an der Mitarbeit hat, ist herzlich dazu eingeladen, sich einzubringen.

Erst in der letzten Sitzung haben wir uns sehr intensiv mit der von der grün-roten Landesregierung geplanten Polizeireform beschäftigt. Dabei ging es vor allem darum, richtige Wege zu finden, wie mehr Polizeipräsenz gerade auch im ländlichen Raum sichergestellt, Kräfte besser eingesetzt und eine Stärkung der Ausbildung unserer Polizei gewährleistet werden kann. Hier hat der Ausschuss die Vorschläge der Landesregierung eher kritisch betrachtet.

Viele Lebensbereiche werden bereits durch die schnellere Kommunikation und die Entwicklungen im „Internetz-

eitalter“ beeinflusst. Insofern hatte der Landesfachausschuss bereits vor einiger Zeit einen grundlegenden Antrag erarbeitet und eingebracht, der sich mit den verschiedenen Facetten der Netzpolitik beschäftigt. Die Stärkung der Freiheit im Netz unter Berücksichtigung der Risiken, die Entbürokratisierung durch eGovernment-Projekte oder die Gewährleistung von Sicherheitsaspekten und der Jugendschutz bilden Schwerpunkte hierbei.

In den jährlich stattfindenden Klausurtagungen an einem Wochenende im Herbst werden neben den aktuellen auch grundlegende Fragen erörtert:

Die Auseinandersetzung mit den verschiedenen Entwicklungen im politischen Extremismus waren so z.B. 2011 Thema der letzten Klausurtagung. Die Diskussionen und Argumente um den aufkommenden Salafismus in Deutschland waren damit für Mitglieder des Landesfachausschusses nicht überraschend.

Zusammen mit „Terre de Femme“ stand auch die Stärkung von Frauenrechten auf der Tagesordnung. Die Verhinderung von häuslicher Gewalt, die Gleichbehandlung von Frauen und Männern in der Arbeitswelt oder die Stärkung von Mädchen in traditionell orientierten Migrantenfamilien bildeten dabei Diskussionspunkte.

Die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger bei Großprojekten und bei politischen Entscheidungen, die Konsequenzen aus den Entwicklungen



um Stuttgart21, die aktive Integrationspolitik oder Fragen des Zivil- oder Strafrechts sind Dauerbrenner in der Arbeit des Landesfachausschusses. Durch die regelmäßigen Berichte zu aktuellen politischen Fragen in der Landtags- oder in der Bundestagsfraktion mit den anschließenden Diskussionen sind die Mitglieder des Landesfachausschusses immer aktuell informiert und sprechen mit.

Ich würde mich sehr freuen, wenn Sie sich im Landesfachausschuss Innen & Recht, auch ohne Jurist zu sein, engagieren! Es lohnt sich!

Ihre Ansprechpartner sind:

RA Hartfrid Wolff MdB (Vorsitzender)
 RAin Sibylle Laurischk MdB (stv. Vorsitzende)
 RegPräs Johannes Schmalzl (stv. Vorsitzender)
 ORR Marc Puder (Geschäftsführer)
 Erreichbar über die Landesgeschäftsstelle:
 FDP Baden-Württemberg, Rosensteinstraße 22, 70191 Stuttgart
 Tel.: (0711) 666 18-0, Fax: (0711) 666 18-0; www.fdp-bw.de

WIEDEREINFÜHRUNG VON GRENZKONTROLLEN IST EINE SÜNDE AN DER EINIGUNG EUROPAS

Aus dem Europaparlament, von Michael Theurer MdEP



Der Traum der Studenten die 1950 bei St. Germanshof an der deutsch-französischen Grenze Schlagbäume einrissen, ging am 26. März 1995 mit dem Schengener Durchführungsabkommen in Erfüllung. Durch den Schengen-Raum wurden Grenzkontrollen abgeschafft und echte Reisefreiheit ermöglicht. Der Vorteil der Integration Europas wurde für jeden Bürger konkret spürbar und der Schengen-Raum eine der größten Errungenschaften der Europäischen Einigung.

Die Liberalen haben durch den damaligen Außenminister Kinkel entscheidend dazu beigetragen, den Schengen-Raum zu etablieren und die Realisierung der Reisefreiheit ermöglicht. Die FDP hat so, auch durch die pro-europäische Vorarbeit von Hans-Dietrich Genscher, das Ziel der Freizügigkeit durchsetzen können.

Die Entscheidung des Innenminister-rats nun wieder Grenzkontrollen in begründeten Ausnahmefällen einzuführen, geht nach Ansicht der Liberalen Fraktion im Europäischen Parlament in die völlig falsche Richtung. Dass dieser Vorstoß ausgerechnet aus deutsch-französischen Reihen kommt, ist sehr bedauerlich. Innenminister Hans-Peter Friedrich und sein französischer Pendant, Claude Guéant, verwiesen in einem gemeinsamen Brief am 17. April 2012 auf die unzureichend gesicherten Außengrenzen der Europäischen Union und dass die Wiedereinführung von Grenzkontrollen zur Wahrung der inneren Sicherheit im Sinne der nationalen Souveränität allen Mitgliedsstaaten möglich sein sollte. Am 7. Juni 2012 haben die EU-Innenminister entsprechende Pläne gebilligt. Dass dabei sowohl die EU-Kommission als auch das direkt gewählte Parlament komplett außen vor gelassen werden sollen, ist völlig inakzeptabel. Die Liberalen haben dieses Vorgehen kritisiert. Das Europäische Parlament hat als direkte Antwort alle Verhandlungen im Bereich der Innenpolitik mit dem Rat auf Eis gelegt. Es protestiert damit aufs Schärfste gegen den Alleingang der Innenminister.

Offensichtlich will CSU-Innenminister Friedrich die Welle der Europaskepsis reiten. Aber wenn es wie bei der Freizügigkeit um Grundpfeiler der

EU geht, sind populistische Aktionen völlig fehl am Platz. Wer das Rad zurück dreht, versündigt sich an der Einigung Europas!

Tatsache ist, dass die Instrumente zur Wahrung der inneren Sicherheit den Mitgliedsstaaten längst zur Verfügung stehen. Das Recht der Mitgliedsstaaten in besonderen Ausnahmefällen zeitlich befristet, etwa während der Fußball-WM, an den Grenzen zu kontrollieren, bleibt schließlich unberührt. Die Liberalen fordern die EU-Innenminister auf, ihre Hausaufgaben zu machen und den längst überfälligen Aufbau einer grenzüberschreitenden Polizeiarbeit endlich mit der notwendigen Konsequenz voranzutreiben. Wenn beim Schutz der Außengrenzen Mängel zutage treten, wie zum Beispiel bei den Bootsflüchtlings im Mittelmeer, sind die Mitgliedsstaaten aufgefordert, sich gegenseitig besser als bisher zu unterstützen.

Die FDP im Europäischen Parlament will die Reisefreiheit im Schengen-Raum schützen. Grenzüberschreitende Kriminalität muss durch grenzüberschreitende Polizeiarbeit bekämpft werden. Einzelentscheidungen der Mitgliedsstaaten, die den Kernbestand der Europäischen Integration berühren, müssen einer Überprüfung der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments unterliegen.

Liberales Vorfeld

DIE VEREINIGUNG LIBERALER JURISTEN IN BADEN-WÜRTTEMBERG E.V. (VLJ BW)

Von: Rechtsanwalt Dr. Mario Axmann, Vorsitzender



Die im Jahr 2009 neu konstituierte Vereinigung Liberaler Juristen in Baden-Württemberg e.V. (VLJ BW) steht mit ihrem Vorstand als Ansprechpartner für rechtspolitische Fragen und zur Vermittlung von Experten zur Verfügung. Vorstand und Mitglieder wirken im Rahmen ihrer Möglichkeiten aktiv daran mit, die Liberalität der Gesetzgebung zu wahren und auszubauen. Dazu finden sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene regelmäßig Veranstaltungen statt, die grundsätzliche und aktuelle Themen der Rechtspolitik behandeln und dem persönlichen Gedankenaustausch und Kennenlernen der Teilnehmer dienen. Durch Empfehlungen und Beschlüsse, die sich an die Entscheidungsträger und die Öffentlichkeit richten, fördern die liberalen Juristen freiheitliche Rechtspolitik.

In den vergangenen Jahren hat die VLJ BW verschiedene Ausflüge und Exkursionen organisiert, z.B. zur Bundesanwaltschaft und zum BGH nach Karlsruhe sowie weitere Fachver-

anstaltungen und Liberale Rechtsgespräche. Besonders zu erwähnen ist der Vortrag von Prof. Dr. Peter Hommelhoff über die aktuellen Entwicklungen der Europäischen Privatgesellschaft. Die sehr gut besuchte Veranstaltung fand im Sommer 2010 an der German Graduate School (GGS) in Heilbronn statt. Auch 2012 fanden die beiden Veranstaltungen zu den Themen „Mehr Freiheit und Flexibilität im Arbeitsrecht“ und „Mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung im Verwaltungsverfahren“ großes Interesse – auch weit über die Mitglieder der Vereinigung hinaus. Zahlreiche Fachanwälte für Arbeitsrecht und für Verwaltungsrecht nutzten das Angebot, sich über Neuerungen zu informieren und den beeindruckenden Referenten zu lauschen und mit ihnen zu diskutieren.

Auf der kommenden Mitgliederversammlung am 18.06.2012 wird über die Zukunft der Juristenausbildung diskutiert werden.

Liberales Recht

Zweck der VLJ BW, die Mitglieder aus allen Landesteilen hat, ist die Förderung einer liberalen Rechtspolitik, die Förderung des juristischen Nachwuchses und die Stärkung des freien, demokratischen und sozialen Rechtsstaates nach den Grundsätzen von Aufklärung und Eigenverantwortlichkeit in einem geeinten Deutschland

und einem sich einenden Europa.

Bund und Länder

Die VLJ ist bewusst föderal organisiert, damit sich auf der Ebene einzelner Bundesländer möglichst viele Initiativen inhaltlicher und organisatorischer Art entwickeln. Schon heute gibt es neben der Bundesvereinigung fast überall auch Landesverbände, in denen sich liberal gesinnte Juristen regelmäßig treffen, kennen lernen und austauschen.

Jeder ist willkommen

Die VLJ BW versteht sich nicht als Organisation einer Partei, sondern als unabhängiger Zusammenschluss, in dem sich vom Studenten über den Rechtsanwalt und Richter bis hin zum amtierenden und ehemaligen Minister liberale Persönlichkeiten jeglichen Alters und jeglichen juristischen Interesses zusammenfinden sollen. Das Knüpfen persönlicher Kontakte in zwangloser Runde ist dabei ebenso gewollt, wie die aktive Diskussion bei internen und öffentlichen Veranstaltungen – auch und im Sinne des offenen Gedanken- und Argumentenaustausches gerade mit vermeintlich und tatsächlich Andersdenkenden. Dies fördern wir auch ganz bewusst durch die Einladung von Fachanwälten zu unseren Veranstaltungen.

Seit August 2011 setzt sich der Vor-

stand der VLJ BW wie folgt zusammen:

- Dr. Mario Axmann, Rechtsanwalt, Vorsitzender
- Sintje Leßner, Ltd. Ministerialrätin, 1. Stellvertreterin
- Florian Diekmann, RiaLG, 2. Stellvertreter und Schatzmeister

Als Beisitzer wurden gewählt:

- Prof. Dr. Ulrich Goll MdL, Justizminister a.D.
- Hartfrid Wolff MdB, Rechtsanwalt

- Johannes Schmalzl, Regierungspräsident
- Achim Bächle, Rechtsanwalt
- Stefanie Assmann, Rechtsanwältin,
- Hubert Mayer LL.B

Vereinigung Liberaler Juristen in Baden-Württemberg e.V.
 c/o FDP Baden-Württemberg
 Rosensteinstraße 22
 70191 Stuttgart
 Tel.: (0711) 666 18 - 0
 Fax: (0711) 666 18 - 12
 info@vlj-bw.de, www.vlj-bw.de

Stellungnahme der baden-württembergischen FDP-Bundestagsabgeordneten Judith Skudelny zum Betreuungsgeld



(16.06.2012) Das von der Großen Koalition 2008 beschlossene Betreuungsgeld ist von der ersten Sekunde an auf massive Kritik der FDP gestoßen. An die Spitze der Kritik setzte sich bereits im April 2012 – trotz der Koalitionsvereinbarung – die FDP-Bundestagsabgeordnete **Judith Skudelny** mit einem offenen Brief an Fraktionschef Brüderle und Parteichef Rösler. Zwar kritisiert sie aktuell das undemokratische Verhalten der Oppositionsparteien SPD und Grüne, durch Abwesenheit den Bundestag beschluss-

unfähig zu machen. Doch sieht sie in dem parteiübergreifenden Widerstand die Chance, „notwendige Verbesserungen vorzunehmen und aus der unsinnigen Forderung der CSU noch ein für alle Seiten akzeptables Gesetz zu machen“. Sie selbst will sich „innerhalb der Fraktion weiterhin aktiv und offensiv gegen die derzeitige Form des Betreuungsgeldes einsetzen“.

Eine ausführliche Stellungnahme der FDP-Bundestagsabgeordneten Judith Skudelny zum Betreuungsgeld finden Sie hier:

http://www.judithskudelny.de/files/30506/Betreuungsgeld_Informationsschreiben_15.06.2012.pdf

Termine

Landeshauptausschuss 1/2012

14.07.2012 - 10.00 Uhr - SAP, Dietmar-Hopp-Allee 16 - 69190 Walldorf: „Kleiner Parteitag“ der FDP Baden-Württemberg: *Digitale Gesellschaft*

Landeshauptausschuss 2/2012

15.09.2012 - 10.00 Uhr - n.n.: „Kleiner Parteitag“ der FDP Baden-Württemberg: *Innovation braucht Freiheit.*

Landesvertreterversammlung 2012

17.11.2012 - 10.00 Uhr - Neue Tonhalle, Bertholdstraße 7 - 78050 Villingen-Schwenningen: Aufstellung der Landesliste der FDP Baden-Württemberg zur Bundestagswahl 2013

5. Liberaler Seniorentag

30.6.2012 10 Uhr Landtag, Stuttgart
 Der Liberale Seniorentag steht unter dem Motto **Senioren gestalten.**

Impressum

Freie Demokratische Partei Landesverband Baden-Württemberg

V.i.S.d.P. Gabriele Heise,
 Generalsekretärin

Rosensteinstr. 22
 70191 Stuttgart
 Tel. (0711) 666 18 - 0
 Fax (0711) 666 18 - 12

Postanschrift: Postfach 10 15 52
 70014 Stuttgart

E-Mail: fdp-bw@fdp.de,
www.fdp-bw.de
 Twitter: @fdpbw
www.facebook.com/fdpbw

Fotos: FDP-BW,
 FDP/DVP-Fraktion,
 eigene, Wikipedia, LMZ

60 Jahre Baden-Württemberg:

Liberales und Demokraten der ersten Stunde, Folge 6

HERMANN MÜLLER (1913-1991)

Von Jan Havlik

Die Frage, warum der Südwesten immer wieder und völlig zurecht als „Stammland der Liberalen“ bezeichnet wird, hat sicherlich viel mit der parlamentarischen Kontinuität im Landtag von Baden-Württemberg zu tun, aber eben auch mit dem Nährboden in der Kommunalpolitik. Beides ist gepaart mit einer liberalen und demokratischen Grundeinstellung, die den Menschen in unserem Land nahe ist.

Den Menschen die Gedanken der Freiheit und Selbstverantwortung auf menschlich verbindliche Weise näherzubringen, dafür ist eine Biographie eines Mannes beispielhaft, an den sich viele in der FDP noch zurückerinnern: Dr. Hermann Müller, der ehemalige Landrat, Finanzminister und Ehrenvorsitzende.

Hermann Müller wurde am 18. Juni 1913 in Jagstfeld im Kreis Heilbronn geboren. Wir können also im nächsten Jahr seinen 100. Geburtstag feiern und dies mit gutem Anlass, denn das Wirken Müllers zeigt viele Grundlagen erfolgreicher liberaler Politik. Müller sammelte nach dem Abitur erste Erfahrungen im kaufmännischen Bereich und schloss daran das Studium der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften in Freiburg und Tübingen an, das er 1939 mit der Promotion zum Dr. jur. abschloss. Sein Weg führte ihn dann in den Verwaltungsbereich, bevor ihn das Schicksal vieler junger Männer seiner Generation ereilte und er zum

Kriegsdienst eingezogen wurde. Er geriet in britische Gefangenschaft, aus der er 1948 wieder zurückkehrte.

Die Situation, in die junge Männer aus der Generation Hermann Müllers kamen, muss man sich vor Augen führen: Sie kehrten in eine Heimat zurück, die von Kriegsschäden gezeichnet war, in der die Menschen um das Überleben kämpften und neue Herausforderungen durch die Flüchtlingsströme buchstäblich vor der Haustür standen. Vor allem musste dies alles vor dem Hintergrund einer staatlichen Struktur geschehen, die sich in den Jahren der nationalsozialistischen Unrechtsherrschaft in vielen Bereichen selbst diskreditiert hatte. Dies war für junge und gut ausgebildete Frauen und Männer eine Herausforderung, aber auch eine Chance.

Hermann Müller kam aus politisch unbedenklichen Verhältnissen. Bereits sein Vater und sein Großvater waren für die Demokraten in Jagstfeld im Gemeinderat gesessen. Mit seiner Ausbildung und seinen ersten Schritten, die er in den Behörden vor dem Kriegseinsatz gemacht hatte, brachte Müller die besten Voraussetzungen mit. Er erklomm die Behördenleiter schnell, bereits im Jahr nach der Rückkehr aus der Gefangenschaft wurde er 1948 Regierungsassessor und stellvertretender Landrat und 1949 schließlich Landrat in Schwäbisch Hall. Dieses Amt bildete den Grundstock seines



landes- und bundespolitischen Einsatzes.

Landräte waren nach dem Zweiten Weltkrieg von entscheidender Bedeutung. Sie waren der Teil der Verwaltung, der von den Alliierten ausesehen wurde, den demokratischen Wiederaufbau zu beginnen. Bereits am 20. Juni 1945, also keine zwei Monate nach offiziellem Kriegsende, traf sich in Murrhardt die Konferenz der Landräte in der amerikanischen Besatzungszone, an der auch Reinhold Maier als Mitarbeiter des Gmünder Landrates teilnahm. Mit dieser Konferenz wurde nicht nur praktisch der Grundstock für ordnungsgemäße demokratische Wahlen gelegt, sondern es war auch ein Zeichen dafür, dass die Amerikaner richtig gesehen hatten, dass man nach den demokratischen Traditionen im Südwesten am besten auf der kommunalen Ebene sucht – „Graswurzeldemokratie“ hat das Reinhold Maier später mal genannt.

Die Tätigkeit als Landrat machte Hermann Müller nicht nur zum hochkompetenten Verwaltungsfachmann, sondern gab ihm auch die Volksverbundenheit mit, die sicherlich ein Grundstock seines Erfolges war. Dazu gehörte auch, dass er leidenschaftlicher Wanderer war, der in jeder freien Minute seine Heimat zu Fuß erkundete und dabei die Menschen direkt ansprach und mit ihnen zu feiern verstand. Mit seiner Frau und seinen vier Kindern war er in der Region Schwäbisch Hall fest verwurzelt.

So wundert es auch nicht, dass Hermann Müller die einzigartige Leistung schaffte, den ländlich-kleinstädtisch geprägten Wahlkreis Schwäbisch Hall bei drei Wahlen (1960, 1964 und 1968) direkt für die FDP zu gewinnen. Er schaffte es, Schwäbisch Hall zu einem liberalen Leuchtturm zu machen und bis heute steht diese Region für starke Wahlergebnisse, unter dem langjährigen Landesvorsitzenden und Wirtschaftsminister Walter Döring und dem jetzigen stv. Fraktionsvorsitzenden Friedrich Bullinger wird diese Tradition fortgesetzt. Seine starke Heimatbasis setzte schon Müller für die Liberalen an wichtigen Stellen auf Landesebene ein: Von 1960 bis 1966 war er Finanzminister des Landes Baden-Württemberg und das Land war damit in soliden und kompetenten Händen. Themen wie der Länderfinanzausgleich standen übrigens damals schon auf der Tagesordnung und es war damals schon ein energischer Kopf wie Hermann Müller, der dieses System ändern wollte – die Köche der finanziellen Konsenssuppe aus SPD und CDU wollten aber lieber zu Lasten Baden-Württembergs weiter lauwarmer Kost, die verträglich für finanziell überreizte Mägen war. Dass Hermann Müller in seiner

Amtszeit als stellvertretender Bundesvorsitzender der FDP mit diesem Thema nicht nur Freunde in den eigenen Reihen bekam, sprach für seine soliden Überzeugungen.

Hermann Müller führte die FDP Baden-Württemberg von 1967 bis 1971 als Landesvorsitzender und – was manchmal sogar noch wichtiger sein kann – von 1973 bis 1983 als Landeschatzmeister. Es ist übrigens bemerkenswert, dass der Landesverband mit Hermann Müller, Richard Drautz und Michael Link jetzt schon eine ganze Reihe von Schatzmeistern aus Württembergisch-Franken vorweisen kann. Offenbar ist das Geld dort gut aufgehoben.

Hermann Müller wurde geehrt mit dem Großen Bundesverdienstkreuz, mit der Verfassungsmedaille und der Verdienstmedaille des Landes Baden-Württemberg und mit der Reinhold-Maier-Medaille. Er war Ehrenvorsitzender der FDP Baden-Württemberg bis zu seinem Tod 1991.

Der Grundstock für den Erfolg einer Persönlichkeit wie Hermann Müller ist sicherlich ähnlich wie bei anderen großen liberalen Männern und Frauen aus Baden-Württemberg: Verbundenheit mit den kleinen und großen Anliegen der Menschen, Verwurzelung in einem bürgerlichen Milieu, selbstbewusste Weltoffenheit und das Vertrauen auf die eigene Kräfte. Bei Hermann Müller finden wir aber auch etwas, was das Maiersche Erfolgsrezept „Ebbes Beck und ebbes Dokter“ noch ergänzt: Kompetente und professionelle Verwaltung zum Wohle der Bürger.

Mehr Informationen: [http://de.wikipedia.org/wiki/Hermann_Müller_\(FDP\)](http://de.wikipedia.org/wiki/Hermann_Müller_(FDP)) Foto: LMZ039059, Imz-bw.de

Serie: 60 Jahre Baden-Württemberg

Im Jahr 2012 feiert unser Bundesland Baden-Württemberg seinen 60. Geburtstag. Anlässlich dieses Jubiläums veröffentlicht die FDP Baden-Württemberg eine Serie von Artikeln, in denen die herausragende Funktion der Südwest-Liberalen in der ersten Stunde des Staates nach 1945 erzählt wird. Geschrieben vom ehemaligen Sprecher des Landesverbandes und fachkundigen Landeshistoriker **Jan Havlik** bietet die Serie einen kurzweiligen Einblick in die Anfänge des erfolgreichsten Bundeslandes der Republik.

Bislang in der **Serie** erschienen sind:

- Januar 2012: Theodor Heuss
- Februar 2012: Reinhold Maier
- März 2012: Elly Heus-Knapp
- April 2012: Wolfgang Haussmann
- Mai 2012: Theodor Eschenburg
- Juni 2012: Hermann Müller

Sie finden die Beiträge auch auf unserer Internetseite: <http://www.fdp-bw.de/60jahrebw/>



Quiz zur Landeskunde

Auf unserer Website finden Sie weiterhin ein lustiges, kurzweiliges aber durchaus auch kniffliges **Quiz** mit 60 Fragen zu 60 Jahren Baden-Württemberg. Testen Sie Ihre Kenntnisse in Sachen Baden-Württemberg - und Sie werden überrascht sein!

<http://www.fdp-bw.de/60jahrequiz.php>

Hinweis: Sie können das Quiz auch mit Ihrem Mobiltelefon unter www.fdp-bw.de/60jahrebw/quiz/mobil/ und auf unserer Facebookseite www.facebook.com/fdpbw spielen. (Markus Lochmann)